

Handout zum Pressegespräch

13. Februar 2024

NRW hat keinen Plan gegen die Folgen der Klimakrise für unsere Gesundheit!

Die Klimakrise hat Auswirkungen auf die Gesundheit in NRW:

- ▶▶ 2022 starben in NRW laut Robert-Koch-Institut (RKI) hitzebedingt 1.240 Menschen.
- ▶▶ Allein 49 Menschen starben bei der Flutkatastrophen in NRW im Juli 2021.
- ▶▶ Laut Klimabericht NRW 2021 leben aktuell fast 7 Mio. Menschen in NRW (40%) auf Siedlungsflächen mit schlechter thermischer Situation. 2050 werden schätzungsweise 14.3 Mio. Menschen (80%) betroffen sein.
- ▶▶ Hitze, UV-Strahlung, Luftqualität & Lärm – dies & mehr beeinflusst die Klimagesundheit auch in NRW.

Die Landesregierung hat keinen Plan für soziale Klimagesundheit.

Klimagesundheit bedeutet, dass Menschen trotz der direkten und indirekten Auswirkungen der Klimakrise gesund bleiben. Die Antwort auf unsere Große Anfrage zeigt: **Schwarz-Grün hat keinen Plan, wie das Land die Gesundheit der Menschen vor der Klimakrise schützen kann.** Sie hat keine Übersicht über die Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit der Menschen in NRW & zeigt keine Ambitionen, das Thema ernsthaft anzugehen. Dabei ist klar: die Klimakrise wird sich weiter verschärfen.

1. Klima- und Gesundheitsschutz sind Pflicht, keine Kür!

Die Landesregierung schiebt die Verantwortung auf 134 Seiten vor allem auf den Bund, die Kommunen und Akteure im Gesundheitswesen. **Dabei steht sie in der Pflicht, die Menschen in NRW vor der Klimakrise zu schützen.** Sie kann an verschiedenen Stellen selbst tätig werden und Klimagesundheit strukturell besser verankern:

- ▶▶ Klimagesundheit muss zur **kommunalen Pflichtaufgabe** werden. Dazu gehört eine entsprechende Finanzierung zwingend dazu.
- ▶▶ Die Landesregierung muss das Thema Soziale Klimagesundheit in allen Ministerien etablieren und koordinieren. Es braucht einen landesweiten Plan,

gute Abstimmungen zwischen den einzelnen Ebenen und sinnvolle Strategien sowie Empfehlungen zur Umsetzung.

- ▶▶ NRW braucht eine Klimagerechtigkeitsstrategie, die gewährleistet, dass die Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen nach der tatsächlichen Belastung vor Ort erfolgt.
- ▶▶ NRW braucht einen Wohlfahrtshaushalt („Wellbeing budget“), der nicht nur die Wirtschaftsleistung, sondern auch soziale und ökologische Faktoren berücksichtigt, die mehr über die tatsächliche Lebensqualität der Bevölkerung aussagen.
- ▶▶ Dabei kann das Landeszentrum für Gesundheit (LZG.NRW) die Bemühungen für Klimagesundheit unterstützen & bündeln. Dazu müssen seine Aufgaben & Kompetenzen deutlich erweitert und mit den entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt werden. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes NRW zu ändern und das Klima explizit als Pflichtaufgabe des LZG.NRW aufzunehmen.

2. Soziale Klimagesundheit für Alle – Risikogruppen besonders schützen.

Einige gesellschaftliche Gruppen sind durch die Klimakrise **besonders hohen Gesundheitsrisiken** ausgesetzt: Kinder, Jugendliche, Schwangere und ältere Menschen. Gleichzeitig sind Menschen mit geringem Einkommen und sozialem Status einerseits von den Folgen der Klimakrise besonders betroffen und andererseits gesundheitlich ohnehin oftmals schlechter dran. Unsere Große Anfrage zeigt, dass die Landesregierung keine Antwort darauf hat, wie diese Menschen gezielt geschützt werden können. Grundsätzlich müssen Menschen – vor allem in Ballungsräumen – besser vor Lärm, Schmutz und Feinstaub geschützt werden und den gleichen Zugang zu gesunder nachhaltiger Ernährung erhalten, um Gesundheitsrisiken zu reduzieren.

- ▶▶ Im Sinne der Planetary Health Diet muss für alle Kinder und Jugendlichen der **Zugang zu einem kostenfreien, gesunden und nachhaltigen Mittagessen in Schule und Kita** gewährleistet werden. Die Tatsache, dass die Landesregierung diesen Vorschlag ablehnt, zeigt klar, dass die soziale Dimension des Klimaschutzes für CDU und Grüne keine Rolle spielt!
- ▶▶ **Kostenlose Trinkwasserbrunnen** müssen **flächendeckend** verfügbar sein!
- ▶▶ Im Kampf gegen Hautkrebs spielt **UV-Schutz** eine entscheidende Rolle: An öffentlichen Badeanstalten, Seen, etc. müssen deshalb **Sonnencreme-Spender kostenlos** zur Verfügung stehen.
- ▶▶ **Klimatisierte öffentliche Räume** müssen in ganz NRW geschaffen werden. Der Hitzeschutz spielt gerade in diesen Gebäuden eine wichtige Rolle, damit

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Menschen sich treffen können und nicht vereinsamen. Welche Planungen die Landesregierung dazu hat, bleibt weiter völlig offen!

- ▶▶ Hochschwängere und **frisch gebackene Eltern** müssen einen besonders einfachen Zugang zu Informationen zum Hitzeschutz erhalten. Babys können ihre Temperatur nicht selber regeln, weshalb sie besonderen Schutz benötigen.
- ▶▶ Arbeiten im Freien sollten wo möglich öfters in die kühleren (Abend-)Stunden verlegt und gefährliche Anstrengungen während der Höchsttemperaturen des Tages vermieden werden – **Die Siesta** aus südeuropäischen Ländern ist dafür ein gutes Beispiel. **Ventilatoren** müssen in Wartezimmer, Apotheken und anderen Orten, wo sich Risikogruppen häufig aufhalten, zur Regel werden.
- ▶▶ Eine Ausdehnung der möglichen **Homeoffice-Tage** für die Beschäftigten in NRW muss die Landesregierung anregen. Das verhindert an heißen Tagen den Weg zur Arbeit und Menschen haben die Möglichkeit sich individuell zuhause auf das Wetter einzustellen.

3. Vorsicht ist besser als Nachsicht: Prävention fördern, Gesundheitsaufklärung verbessern.

Damit die Bürgerinnen und Bürger NRWs sich selbst am besten schützen können, braucht es bessere Aufklärungsangebote. Prävention schützt am besten vor Krankheit. Leider zeigt die Landesregierung hier kaum Ambitionen und verweist auf andere Akteure des Gesundheitswesens. Bei der Kommunikation zur Gesundheitsprävention im Zusammenhang mit dem Klimawandel beschränkt sich die Landesregierung auf einige wenige Pressemitteilung und fokussiert fast ausschließlich auf das Thema Hitzeschutz.

- ▶▶ Menschen müssen von ihren **Ärztinnen und Ärzten stärker sensibilisiert** und aufgeklärt werden. Hierzu muss die Landesregierung das LZG.NRW mit der Erarbeitung und Veröffentlichung von Infomaterial speziell zu Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren beauftragen.
- ▶▶ Ein **landesweites Hitze-Telefon** muss eingeführt werden. Hier müssen Menschen über alle Hitzewarnungen persönlich informiert werden können. Menschen können sich dort anmelden und werden dann angerufen.
- ▶▶ Die Landesregierung muss neue Wege gehen, um alle Menschen zu erreichen. Dafür braucht es **zielgruppenspezifische Kampagnen** auf den geeigneten Kanälen. Social Media muss dafür effektiv genutzt werden.